

Rede Ulf Thiele MdL

stv. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
- Es gilt das gesprochene Wort. -

TOP 4b: Aktuelle Stunde der Fraktion der CDU Von gestörten Lieferketten bis zu verteuerten Endprodukten – Massive Kostensteigerungen belasten Wirtschaft und Bürger“

- **Norbert Blüm: „Die Inflation ist der Taschendieb des kleinen Mannes“**

<<Anrede>>

„Die Inflation ist der Taschendieb des kleinen Mannes“, pflegte der frühere Bundesarbeits- und Sozialminister Norbert Blüm zu sagen. Mit Blick auf die aktuelle Lage muss man ergänzen: „Und die Inflation ist der Plünderer der Unternehmen.“

Die steigenden Preise für Energie, Nahrungsmittel, Dienstleistungen, Baumarktprodukte, aber auch für Rohstoffe, Maschinen und Produktionsteile, machen den Menschen und den Unternehmen zunehmend große Sorgen. Mit Recht. Denn die wesentlichen Ursachen – die Folgen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, die gestörten Lieferketten sowohl nach Osteuropa als auch nach China – sind auf absehbare Zeit nicht beendet.

Mit Folgen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Studentinnen und Studenten, Häuslebauer, Sparer und auch für die Unternehmen in unserem Land.

Die Inflationsrate in Deutschland betrug nach Angaben des statistischen Bundesamtes im März dieses Jahres satte 7,3 Prozent, im April 7,4 Prozent. Deutschland erlebt gerade den größten Teuerungsschub seit 40 Jahren. Kommt es zu einem Lieferstopp für russische Energie, ist sogar eine Inflation von 7,3 Prozent für das gesamte Jahr 2022 möglich – das wäre der höchste Wert seit Bestehen der Bundesrepublik.

Das ist schmerzhaft für viele und geht zum Teil an die Existenz, denn: Löhne und Gehälter, Renten, Bafög und andere Einkommen steigen nicht oder nicht genug, um die Preissteigerungen auszugleichen. Und täten sie es, wäre die Folge eine Lohn-Preis-Spirale mit unabsehbaren Folgen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und die Stabilität unseres Wirtschafts- und Sozialsystems.

<<Anrede>>

Im Ergebnis haben die Bürgerinnen und Bürger durch die hohe Inflation, aber auch durch die dennoch bisher fortgesetzte Nullzins-Politik der Europäischen Zentralbank, mit einer doppelten Entwertung ihrer Kaufkraft zu kämpfen – einer Entwertung ihrer Einkommen **und** einer Entwertung ihrer Ersparnisse. Das betrifft leider insbesondere die angesparte Altersvorsorge. Die Menschen müssen gerade zusehen, wie ihre kleine Rücklage für das Alter dahinschmilzt.

- **Forderungen**

<<Anrede>>

Die Bundesregierung muss sich jetzt um die Einkommensgruppen kümmern, die besonders von den hohen Preisen betroffen sind. Die geplante Energiepauschale der Ampel greift zu kurz. Denn Studentinnen und Studenten, Rentnerinnen und Rentner sowie junge Familien, die Lohnersatzleistungen bekommen, gehen leer aus. Das ist zutiefst ungerecht!

Daher fordern wir konkret:

1. Die 300 Euro Energiepreispauschale müssen alle bekommen. Das gilt auch für Studierende sowie Rentner und Frührentner. Und nicht nur – wie vom Bund geplant – für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige.

2. Der Einkommensteuertarif muss an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angepasst werden, auch um die Inflationwirkungen bei den Einkommen zu dämpfen. Die kalte Progression muss komplett neutralisiert werden.
3. Die Energie-, Strom- und Umsatzsteuer insbesondere auf Heiz- und Kraftstoffe müssen bis mindestens Ende 2023 gesenkt werden.
4. Menschen, die auf dem Weg zur Arbeit auf das Auto angewiesen sind, müssen weiter entlastet werden. Dazu muss die Entfernungspauschale weiter erhöht werden. Dies entlastet dann auch andere Verkehrsteilnehmer.
5. Bürokratie und andere Investitionshemmnisse müssen schnell und konsequent abgebaut werden. Das reduziert Kosten, insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen und sichert dort Arbeitsplätze.
6. Durch eine Erweiterung des Angebots und neue – von Russland und China unabhängige – Handelsbeziehungen, kann der Preisdruck besonders bei Verbrauchsgütern reduziert werden. Dazu müssen bereits verhandelte Handelsabkommen jetzt umgesetzt und neue Handelsabkommen insbesondere mit den USA, dem Vereinigten Königreich, Australien, Neuseeland und südamerikanischen Ländern geschlossen werden.
7. Die von der EU geplante Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen muss zurückgenommen werden. Die Flächen müssen für Futter- und Nahrungsmittelproduktion freigegeben werden. Gleiches gilt für Brachflächen. Und die Unterdüngung von weiten Teilen unserer landwirtschaftlichen Flächen können wir uns mit Blick auf die drohende Hungersnot in Teilen der Welt jetzt auch nicht leisten!
Und
8. Die grundgesetzliche Schuldenbremse muss ab dem nächsten Jahr auch durch die Bundesregierung wieder eingehalten werden. Auf EU-Ebene muss darauf hingewirkt werden, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder in Kraft gesetzt und durchgesetzt wird. Denn in dieser Lage wirkt expansive staatliche Ausgabenpolitik zusätzlich Inflation-treibend.

<<Anrede>>

Auch dies muss angesprochen werden: Die CDU-Landtagsfraktion stehe fest zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, der EZB. Das steht außer Frage. Es muss aber der Hinweis erlaubt sein, dass die wichtigste Aufgabe der EZB die Stabilität der Preise im Euro-Raum ist. Bei einer aktuellen jährlichen Inflationsrate von 7,4 Prozent im Euro-Raum ist die EZB von ihrem Stabilitätsziel meilenweit entfernt. Sie muss ihren Stabilitätsauftrag ernst nehmen und auch ernsthaft verfolgen. Die gegenwärtige Politik der niedrigen Zinsen ist der Lage nicht angemessen.

- **Schlussbemerkung**

<<Anrede>>

Wir in Niedersachsen – Wirtschaftsminister Althusmann vorneweg – wir unternehmen große Anstrengungen, um gestärkt aus diesen Krisenjahren zu kommen. Die rasant steigenden Preise werfen uns alle dabei erheblich zurück.

Wir müssen jetzt den Preisanstieg bekämpfen und die Einkommen stärken – und nicht im Herbst dieses Jahres, wie die Bundesregierung es plant. Wir benötigen jetzt einen Schutzschirm gegen Inflation!

Wir wollen nicht, dass die Preise und die Inflation springen.

Wir wollen mit Niedersachsen weiterspringen!